

DVPW-Kongress „Vorsicht Sicherheit! Legitimationsprobleme der Ordnung von Freiheit“ an der Universität Duisburg-Essen

AK Umweltpolitik/Global Change

Donnerstag, 24. September 2015, 16.00-17.30 Uhr und 17.30-18.30 Uhr

Roundtable „Neue Trends in der Umweltpolitikforschung“

Moderation: Dr. Angela Oels, Universität Lund

- Prof. Dr. Ulrich Brand, Universität Wien
- Prof. Dr. Helmut Breitmeier, Justus-Liebig-Universität Gießen
- PD Dr. Lena Partzsch, Universität Freiburg

Mitgliederversammlung mit SprecherInnenwahl

„Im Namen der Sicherheit! Umweltpolitik im Spannungsfeld von Sicherheit, Resilienz und Geopolitik“

Freitag, 25. September 2015, 9.00 – 10.30 Uhr und 11.00 – 12.30 Uhr

Schon seit den späten 80er und frühen 90er Jahren gab es Versuche, Umweltpolitik durch die Konstruktion einer Sicherheitsbedrohung zu legitimieren. 2007 wurde lautstark vor Klimaflüchtlingen und Klimakriegen gewarnt, sogar Ban Ki Moon stimmte in den Chorus ein und bezeichnete Darfur (umstrittenerweise) als Klimakrieg. Gewaltkonflikten soll dann durch eine ambitionierte Klima- und Umweltpolitik vorgebeugt werden. Im gleichen Atemzug gab es allerdings auch Versuche, Verteidigungs- und Rüstungsvorhaben im Namen der Umweltpolitik zu legitimieren. So wurden z.B. im Europaparlament für schnelle Einsätze nach klimabedingten Extremwetterereignissen Transportflugzeuge verlangt, die jedoch schon seit Jahren auch für andere Zwecke gefordert wurden.

In den letzten Jahren hat die Debatte um Umweltsicherheit eine neue Wendung genommen. Zum einen werden Umweltprobleme vermehrt als unberechenbar und unvermeidbar dargestellt. Eine Sichtweise, die dem Konzept von Resilienz zum Durchbruch verholfen hat. Zum anderen wurde die Umwelt- und Klimapolitik vermehrt von geopolitischen Erwägungen überlagert. Energiesicherheit bestimmte die Chancen erneuerbarer Energien mehr als klimapolitische Überlegungen. Zu diesen beiden Aspekten der Umweltsicherheitsdebatte soll auf dem Kongress je ein Panel durchgeführt werden.

Panel 1: Von Sicherheit zu Resilienz?

Chair: Dr. Sabine Weiland, Helmholtz Zentrum für Umweltforschung – UFZ und Freie Universität Berlin

Discussant: Dr. Katharina Glaab und Stephan Engelkamp, Universität Münster

- **Oels, Angela/Methmann, Chris: „Von hilflosen Klimaflüchtlingen zu lautstarken Climate Warriors: Die Debatte um klimabedingte Migration in der internationalen Politik“**

Resilienz ist zum neuen Leitmotiv der Umweltpolitik allgemein, aber auch in der Debatte um Klimamigration geworden. In unserer Diskursanalyse zentraler internationaler Policy Dokumente über Klimawandel und Migration zeigen wir, wie sich die Debatte um Klimaflüchtlinge von Sicherheit zu Resilienz verschoben hat und kritisieren die politischen Folgen dieses Diskurswandels.

Ursprünglich warnten Umweltverbände wie Greenpeace vor ‚Millionen von Klimaflüchtlingen‘, die die Industrieländer ‚überfluten‘ könnten, wenn nichts für den Klimaschutz getan würde. Als die Klimaverhandlungen weiter stockten und ein gewisses Maß an Klimaveränderung als unvermeidbar zu gelten begann, wurden von der New Economics Foundation Forderungen nach einem Asylrecht oder einem anderen legalen Status für Betroffene laut, bis heute jedoch ohne Erfolg. Schließlich wurde ganz aufgehört, Klimamigration zu skandalisieren. Der Foresight Report on Migration and Global Environmental Change im Auftrag der britischen Regierung schlug 2011 vor, Klimamigration als rationale Anpassungsstrategie an den Klimawandel zu akzeptieren. Schließlich sei Migration in vielen Fällen ‚leider‘ die einzige Option für die Betroffenen. Auch sei Migration eine fabelhafte Strategie, um sich gegen den Klimawandel resilient zu machen. Der Ortswechsel ist dabei lediglich als Transformation eines sozialen Systems zu betrachten, das sein Überleben auf kreative Weise sichere.

Unsere Diskursanalyse demonstriert, dass es höchst problematisch ist, klimawandel-bedingte Vertreibung und Enteignung plötzlich als Resilienz zu verkaufen. Darüber hinaus ist es problematisch, den Klimawandel als unabänderliche Tatsache darzustellen, mit der sich die Betroffenen abfinden müssen. Wenn Resilienz heißt, die Heimat verlassen zu müssen, ist das für die Betroffenen keine akzeptable Option. Im Oktober 2014 blockierten sogenannte „Climate Warriors“ von den kleinen Inselstaaten mit selbstgebauten Kanus den größten Kohlehafen Australiens. Sie wollten damit auf die Notwendigkeit eines Auslaufens der fossilen Brennstoffe hinwirken. Sie wehren sich dagegen, kampflös evakuiert zu werden: „We are fighting, not drowning!“ lautete der Slogan der Aktion. Die Inselbewohner machen darauf aufmerksam, dass es noch keineswegs zu spät ist, um den Untergang ihrer Inseln zu verhindern.

- **Hantscher, Sinja/Prokopf, Christine: „Schutz vor Naturkatastrophen oder Senkung der Verwundbarkeit? Die Beziehung zwischen Sicherheit und Resilienz am Beispiel des Hyogo Framework for Action und seines Nachfolgeframeworks“**

Schutz vor Naturkatastrophen oder Senkung der Verwundbarkeit? Die Beziehung zwischen Sicherheit und Resilienz am Beispiel des Hyogo Framework for Action und seines Nachfolgeframeworks Naturkatastrophen sind das augenfälligste Beispiel für eine Umwelt, die die menschliche Sicherheit bedroht und die angesichts des fortschreitenden Klimawandels als immer unberechenbarer wahrgenommen wird. Allerdings lässt sich gerade für den Bereich der Naturkatastrophen feststellen, dass sich inzwischen eine auf Sicherheit ausgelegte theoretische Herangehensweise als nur bedingt erklärungskräftig erweist. Das Framing als Versicherheitlichung schafft durch seinen normativen Gehalt darüber hinaus neue Probleme.

Dieser Beitrag setzt sich kritisch mit Sicherheit als abzulösendem Leitnarrativ im Umweltkontext auseinander -und wendet sich den internationalen Verhandlungen zu Katastrophenschutz und -vorsorge zu. Dort ist der Resilienzdiskurs seit Beginn des Jahrhunderts so präsent, dass die postulierte Temporalität – von Sicherheit zu Resilienz – zumindest in Frage zu stellen ist. Unser Forschungsgegenstand ist das Hyogo Framework for Action 2005 – 2015 (HFA) und sein im Jahr 2015 zu verabschiedender Nachfolger. Der Beitrag untersucht in einem ersten Schritt, wie stark der Sicherheitsdiskurs im HFA verwendet wird und wie sich dieser zum Verständnis von Resilienz des HFA verhält. Das Erkenntnisinteresse des Beitrags liegt dabei in der Frage, ob sich aus der Gestaltung des HFA im Spannungsfeld zwischen Sicherheit und Resilienz Konsequenzen für die dort grundlegende politische Bearbeitung von Naturrisiken weltweit ergeben. In einem zweiten Schritt wiederholen wir die Analyse für das Nachfolgeframework aus dem Jahr 2015. Ziel des Beitrags ist es nachzuzeichnen, wie in einem Politikfeld, in dem der Resilienzbegriff bereits eine zentrale Stellung einnimmt, seine Weiterentwicklung in sich und in seiner Beziehung zur Sicherheit zu beobachten ist. Der Beitrag ermöglicht somit eine Beleuchtung der Frage, ob sich in der Namensänderung von

World Conference on Disaster Reduction (2005 in Hyogo, Japan) zu World Conference on Disaster Risk Reduction (2015 in Sendai, Japan) bereits eine Transformation der Begrifflichkeiten Sicherheit und Resilienz manifestiert.

- **Schilling, Janpeter/Nash, Sarah/Ide, Tobias/Scheffran, Jürgen: „Environmental Security and Resilience in Peacebuilding – Examples from Nepal, Pakistan and Palestine“**

The concepts of environmental security and resilience are receiving increasing attention, especially in the course of debates on global climate

change. Relationships between the two concepts however remain underexplored and their uses vary strongly. This paper pursues three aims. Firstly, to discuss how environmental security and resilience are related. Secondly to illustrate how these concepts are used in peacebuilding. Thirdly, to identify the strengths and potential pitfalls of the concepts of environmental security and resilience. To achieve these aims, we review major contributions to the environmental security and resilience literature and draw on own field research from Nepal, Pakistan and Palestine to exemplify how peacebuilding organizations apply the concepts of resilience and environmental security.

Our preliminary results suggest that resilience and environmental security are rarely applied in conjunction. Relations between the two concepts can be found when environmental security is addressed as part of human security which in turn is more often part of studies on resilience. The case studies show that resilience is a useful concept because it recognizes the fact that communities do not face environmental risks in isolation but rather in conjunction with other economic and social risks. In Nepal the temporary provision of rice strengthened the food security of communities hit by floods, but in the long run it undermined the production of traditional crops. In Pakistan a major water project, designed to improve flood protection, resulted in a reduction of environmental security for local communities. In Palestine, a focus on environmental security ignores the wider political context that shapes the livelihoods of local communities. Despite their utility, the concepts of environmental security and resilience have the potential to naturalize and depoliticize social and environmental injustices.

- **Breitmeier, Helmut/Kirf, Barbara/Schwindenhammer, Sandra: „Resilienz als Wegbereiter für eine ‚schwache‘ Nachhaltigkeit im Welternährungsregime?“**

Das Papier behandelt die Auswirkungen der Politik der Resilienz auf die Ausgestaltung der Norm der Nachhaltigkeit im Welternährungsregime. Es wirft einen empirischen Blick auf das Hyogo Framework for Action (HFA) 2005-2015, in dem das Thema „Ernährungssicherheit für Resilienz“ einen besonderen Stellenwert erfahren hat. Unter Rückgriff auf die politikwissenschaftliche Forschung zur Umstrittenheit von Normen und den Ansatz von Risk Governance wird untersucht, ob die Einführung des Konzepts der Resilienz dazu geführt hat, dass im Welternährungsregime eine Priorisierung der Norm der Ernährungssicherheit gegenüber der Norm der Nachhaltigkeit erfolgt ist. Die grundlegende Annahme ist, dass das Konzept der Resilienz zur Etablierung einer eher „schwachen“ Nachhaltigkeitsnorm führt. Die angestrebte Erreichung des Ziels der Ernährungssicherheit und der im Risikodiskurs benutzte „Frame“ des Welternährungsproblems unter dem Blickwinkel der Ernährungssicherheit führen dazu, dass gemäß dem ökonomischen Wachstumsparadigma technischer Fortschritt die Substitution

natürlicher Ressourcen ermöglicht.

Ernährungssicherheit ist das dominante Konzept im Welternährungsregime. Das kommt in den Millenniumsentwicklungszielen der Vereinten Nationen von 2001 und auch in der aktuellen Debatte um die zukünftige Ausgestaltung der post-2015 „Sustainable Development Goals“ zum Ausdruck. Ernährungssicherheit setzt zur Bekämpfung von Hunger auf landwirtschaftliche Produktionszuwächse, die über technischen Fortschritt realisiert werden sollen. Dabei werden zunehmend Resilienz-Politiken implementiert, bei denen ernährungspolitische Programme vor allem den Anspruch erfüllen sollen, Risiken entgegenzuwirken, die die Ernährungssicherheit bedrohen (bspw. Ernteausfälle infolge von Dürreperioden).

Die auf Ernährungssicherheit abzielende Politik hat tiefgreifend negative ökologische Auswirkungen. Die derzeitigen Produktionsweisen und Konsumstile gefährden die Ressourcenbasis für die globale Nahrungsmittelversorgung dauerhaft, z.B. durch Bodendegradation, sinkende Bodenfruchtbarkeit, nicht-nachhaltigen Wasserkonsum oder Überfischung. Die Nachhaltigkeitsthematik konkurriert mit den nicht-nachhaltigen, ressourcenintensiven Verfahren, die zur Verwirklichung des Zieles der Ernährungssicherheit zum Einsatz kommen. Das Papier zeigt, wie die Norm der Nachhaltigkeit in unterschiedlichen Teilsegmenten der Welternährungspolitik aufgegriffen wird und argumentiert, dass sich durch die Einführung des Konzepts der Resilienz vielfach ein „schwaches“ Verständnis von Nachhaltigkeit etabliert hat.

- **Lehmann, Ina: „Nachhaltige Entwicklung fördern statt Konfliktszenarien entwerfen: Die Antworten der IUCN auf den globalen Artenschwund“**

Neben dem Klimawandel gilt der Verlust der (globalen) Artenvielfalt als die zweite große und langfristige ökologische Herausforderung für menschliche Sicherheit. Während der Klimawandel aber bereits seit längerem Gegenstand der sozialwissenschaftlichen Konfliktforschung ist, ist bislang noch weitgehend unerforscht, wie das Konfliktpotential anderer Umweltveränderungen von maßgeblichen politischen Akteuren konstruiert wird. In diesem Papier untersuche ich daher anhand der größten internationalen Naturschutzorganisation, der International Union for Conservation of Nature (IUCN), inwiefern der Verlust der Artenvielfalt von der internationalen Naturschutzcommunity als Sicherheitsproblem verstanden wird und welche politischen Forderungen gegebenenfalls daraus abgeleitet werden.

Meine Datengrundlage bilden die Jahresbericht der IUCN sowie die Protokolle ihrer Mitgliederversammlungen, der World Conservation Congress,

jeweils von 1970 bis 2010. Diese dienen mir erstens für eine MaxQDA-basierte qualitative Diskursanalyse, wie sich im Wechselspiel zwischen der Organisation und ihren Mitgliedern die Wahrnehmung des Problems des Artenverlusts und möglicher Konsequenzen verändert hat. Zweitens lässt sich anhand der Jahresberichte nachvollziehen, inwiefern die IUCN im Zuge dieses diskursiven Prozesses auch das Design ihrer Politiken und Projekte angepasst hat.

Im Ergebnis zeigt sich, dass der Verlust der Artenvielfalt und Ökosystems vorrangig als lokale Bedrohung von *livelihood security* konstruiert wird. Im Mittelpunkt stehen in diesem Diskurs die schwindenden Lebensgrundlagen vor allem der ländlichen Armen im globalen Süden. Vor allem aufgrund des Drucks der Mitglieder aus diesen Ländern hat sich IUCN in den vergangenen Dekaden stark von einer reinen Naturschutzorganisation hin zu einer Organisation mit einem starken Fokus auf nachhaltige Entwicklung gewandelt, die immer stärker sozialpolitische Komponenten in ihre Naturschutzprojekte integriert. Demgegenüber spielt die aus der Klimadebatte bekannte Sorge um knappheitsinduzierte (Gewalt-)Konflikte (bislang?) eine untergeordnete Rolle im Diskurs der IUCN und ihrer Mitglieder.

Panel 2: Von der Umweltpolitik zur Geopolitik?

Chair: Dr. Philipp Pattberg, VU University Amsterdam

Discussant: Prof. Dr. Markus Lederer, Universität Münster

- **Brzoska, Michael/Scheffran, Jürgen: „Energiesicherheit und Klimaschutz: Komplementär oder konträr?“**

Die Sicherheit der Versorgung mit Öl und Gas ist für viele Volkswirtschaften und Staaten, die in hohem Maße von Importen abhängig sind, ein hochrangiges politisches Problem. Mit fossilen Energieträgern verbundene CO₂-Emissionen schaffen als Folge des Klimawandels erhebliche Risiken. Daher ist die Verminderung des Verbrauchs an Öl und Gas zugleich ein wichtiges sicherheits- und klimapolitisches Ziel. Energiesicherheit und Klimaschutz ergänzen sich.

Allerdings lassen sich verschiedene Wege beschreiten, Energiesicherheit zu erhöhen. Hierzu gehört der Ausbau der Förderung von Öl und Gas durch neue Fördertechniken, die stärkere Nutzung von Kohle oder eine weitere die Senkung des Verbrauchs fossiler Ressourcen insgesamt. Die beiden ersten stehen allerdings im Gegensatz zum Klimaschutz.

Neben diesen unmittelbaren Verbindungen sind auch diskursive Effekte möglich. So kann, wie in den USA in den 2010er Jahren geschehen, eine Erhöhung der Eigenproduktion an Öl und Gas die zuvor im Diskurs hergestellte starke Verbindung zwischen Energiesicherheit und Klimaschutz

in ihr Gegenteil verkehren: warum Klimaschutz machen, wenn Energiesicherheit kein Thema mehr ist?

Das vorgeschlagene Papier untersucht die diskursiven Zusammenhänge zwischen Energiesicherheit und Klimaschutz in den USA, Deutschland und Norwegen. Die USA zeichnen sich durch eine starke Veränderung der Importabhängigkeit von Öl und Gas in den letzten Jahren aus, während Deutschland bei gleichzeitig hoher Abhängigkeit von Importen von Öl und Gas eine im internationalen Vergleich ausgeprägte Klimapolitik fährt, die auf eine Energiewende von Kernenergie und fossilen zu erneuerbaren Energieträgern setzt. Norwegen hingegen ist Nettoexporteur von Öl und Gas, hat aber ebenfalls eine aktive Klimaschutzpolitik. Alle drei sind in verschiedener Hinsicht – politisches System, wirtschaftliches Niveau – relativ ähnlich.

Die jeweiligen Diskurse zu Energiesicherheit und Klimaschutz sollen inhaltsanalytisch daraufhin untersucht werden, in welcher Intensität und Form das jeweilig andere Ziel Berücksichtigung findet. Insbesondere soll dabei auf behauptete Komplementärwirkungen geachtet werden. Es werden sowohl regierungsamtliche Dokumente als auch Berichte von Forschungsinstitutionen und nichtstaatlichen Organisationen ausgewertet. Erwartetes Ergebnis ist ein besseres Verständnis der wechselseitigen diskursiven Nutzung der Politikziele.

- **Goldthau, Andreas: „Energy Union. Paradigmenwechsel in Europa’s Energie-und Klimapolitik?“**

Das Jahr 2014 stellte für europäische Umwelt-, Klima- und Energiepolitik einen Wendepunkt dar. Unter dem Eindruck der Ukraine-Krise veränderten sich Diskurs und Perzeption in einem Politikfeld, das klassisch stark vom Marktparadigma getrieben wurde (Energie als commodity; Treibhausgase/ Klima als Marktversagen). Politikdebatten wurden nun verstärkt vom Sicherheitsparadigma getrieben, im Zuge dessen der Begriff der 'Energie-Union', geprägt von Donald Tusk, in den Vordergrund rückte. Die Energie-Union greift liberale Elemente auf (Interner Gasmarkt), komplementiert diese aber mit dem Imperativ der Resilienz (z.B. gegen Angebotschocks bei Gas). In diesem Kontext wurden Erneuerbare Energien (aber auch die umstrittene Schiefergasförderung) zunehmend unter dem Gesichtspunkt der Versorgungssicherheit eingeordnet. Klima- und Umweltziele sind daher nicht mehr rein normativ motiviert. Zudem werden aufgrund von offen geostrategisch motivierten Überlegungen, mit expliziter Referenz zu Russland und den eurasischen Raum, gepoolte europäische Gas-Einkaufs-Vehikel diskutiert - de facto eine Abkehr vom liberalen Marktparadigma.

Das Papier a) zeichnet empirisch die 'Versicherheitlichung' des Diskurses über die europäische Energie- und Klimastrategie ab 2012 nach; b) korreliert

diese mit regulatorischen Veränderungen auf EU Ebene, faktisch oder geplant als Teil der Energie-Union; c) operationalisiert die empirischen Ergebnisse anhand der Literatur zu Europa's 'Market Power' und 'Regulatory State'. Ziel ist, herauszuarbeiten, ob im Lichte der empirischen Daten diese bislang dominanten Konzepte um weitere Faktoren wie 'Raum' erweitert werden müssen, und welche theoretischen Schlussfolgerungen sich hier ergeben. Die Untersuchung basiert auf Interviews und offizielle sowie Positionspapiere auf EU Ebene.

- **Tänzler, Dennis/Wolters, Stephan: „Mit Sicherheit? Europäische Klimadiplomatie zwischen umwelt- und geopolitischen Narrativen“**

Die EU hat Klimawandel spätestens mit dem 2008 veröffentlichten Bericht zu „Klimawandel und Sicherheit“ den Klimawandel als zentrale Sphäre ihrer Außenbeziehungen ausgewiesen. Klimaveränderungen werden als Bedrohungsmultiplikator ausgemacht, den es im Rahmen eines umfassenden Klimadiplomatie-Ansatzes zu bearbeiten gilt. Hat sich aber seit 2008 Klimasicherheit als zentrales Narrativ der europäischen Außenbeziehungen etabliert? Und wenn ja, welche Politikimplikationen sind mit einem solchen Narrativwandel einhergegangen – nicht zuletzt mit Blick auf ein erfolgreiches Klimaabkommen, das 2015 in Paris verabschiedet werden soll? Welche Rolle spielt hierbei die Reform der EU Außenbeziehungen und welchen Einfluss nehmen einzelne Mitgliedstaaten wie Deutschland und Großbritannien? In unserem Papier erörtern wir zunächst, ausgehend von dem seitens der EU in 2011 und 2013 dargelegten Klimadiplomatie-Ansatz, die Rolle verschiedener klimapolitischer Erzählstränge. Diese reichen von grüner Transformation, über Entwicklung hin bis zum Sicherheitskontext und lassen sich zudem in weitere Einzelaspekte unterteilen, die, wie Kohlenstoffmärkte, Energiesicherheit oder Finanzierung, gemeinsame Gestaltungslinien auf der Policy-Ebene suchen.

Unsere These ist, dass der verstärkte Fokus auf die geopolitischen Dimensionen bislang wesentlich als Aufmerksamkeitsverstärker für außenpolitische Akteure fungiert hat, die - komplementär zu den eigentlichen Verhandlungen - wesentliche Aspekte der partnerschaftlichen Beziehungen der EU mit weiteren Staaten systematisch klimapolitisch einbetten, ohne dass sich dies bislang in eigenen Klimasicherheitspolitiken niederschlägt, sondern Lösungen in anderen Politikfeldern vorantreibt. Diese Relevanz für die politische Praxis suchen wir nachfrageseitig zudem durch die Betrachtung einzelner klimapolitischer Bedürfnisse und Prioritäten von ausgewählten Partnerländern der EU zu illustrieren. Wir untersuchen, ob hier das Angebot, Klimapolitik geopolitisch zu wenden, aufgenommen und in Politik umgesetzt wird. Hierbei wird ein besonderes Augenmerk auf die Verschneidung von Klima- und Energiesicherheit gelegt, die dazu beitragen kann, zentrale ungelöste Verteilungsfragen mit Blick auf fossile Energieressourcen

anzugehen. Zusammenfassend soll der Anspruch der EU Außenpolitik, stärkere klimapolitische Akzente zu setzen, mit Blick auf die Erfolgsperspektiven für ein Pariser Klimaschutzabkommen bewertet werden.

- **Partzsch, Lena und Martjin C. Vlaskamp: „Die geopolitische Dimension von Importverboten für illegal entnommenes Holz und ‚Konflikt‘-Mineralien in die USA und EU“**

Um den internationalen Handel mit illegal entnommenen Ressourcen zu verhindern, wurden und werden jüngst verschiedene politische Anstrengungen auf den Weg gebracht. Im Namen der Sicherheit kehren Regierungen vom Freihandelsparadigma ab und erlassen Importverbote für illegal entnommenes Holz und „Konflikt“-Mineralien (Gold, Coltan u.a.), insbesondere in die USA und EU. Dieser zu beobachtende Normwandel und das damit einhergehende neue Verständnis von Verantwortlichkeit sollen in ihrer geopolitischen Dimension untersucht werden.

Das Paper vergleicht die Entstehung der neuen Norm vor dem Hintergrund militärischer, wirtschaftlicher und ökologischer Diskurse in den Bereichen Holz (US Lacey Act und EU-Holzverordnung) und Mineralien (US Dodd-Frank Act und Vorschlag der Europäischen Kommission zu Konfliktmineralien): Wie konnte die neue Norm aufkommen, sich verbreiten und internalisiert werden? Welche politischen Anstrengungen wurden in den USA und der EU unternommen? Wie werden Verantwortlichkeiten neu zugeschrieben, um die illegale Entnahme von Ressourcen zu verhindern?